

Für unser Land!

LEGISLATIV-UND VERFASSUNGSDIENST



ZAHL (Bitte im Antwortschreiben anführen) 2001-BG/550/101-2013 BETREFF

schung; Stellungnahme

DATUM 01.03.2013

Entwurf eines Verwaltungsgerichtbarkeits-Anpassungsgesetzes -Beitrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und For-

Bezug: BMWF-52.200/0004-I/6/2013

CHIEMSEEHOF

## Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum im Gegenstand bezeichneten Gesetzentwurf gibt das Amt der Salzburger Landesregierung unvorgreiflich der Haltung des Salzburger Landesregierung betr Erteilung der Zustimmung zur Kundmachung eines allfälligen Gesetzesbeschlusses des Nationalrates gemäß Art 131 Abs 4 B-VG folgende Stellungnahme bekannt:

Die Frage der Erteilung einer Zustimmung gemäß Art 131 Abs 4 B-VG betreffend wird zunächst auf die dem Bundeskanzleramt bereits übermittelte gemeinsame Länderstellungnahme vom 13. Februar 2013 (VST-1125/92), vor allem auf den darin zitierten Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom 24. Oktober 2012 (VST-361/364), hingewiesen. Diese gemeinsame Länderstellungnahme wird seitens des Landes Salzburg mitgetragen. Die kritische Haltung des Landes Salzburg zur geplanten Begründung einer Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts in Angelegenheiten des Art 131 Abs 4 Z 2 lit b B-VG ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Errichtung einer Außenstelle des Bundesverwaltungsgerichts im Land Salzburg nicht vorgesehen ist und daher für die Parteien des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens eine Anreise zur nächstgelegenen Außenstelle des Bundesverwaltungsgerichts in Linz notwendig ist. Die Begründung einer Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts ist daher nicht nur aus fachlichen Gründen nicht zu begründen – die in den Erläuterungen dafür angeführten Gründe vermögen

## DAS LAND IM INTERNET: www.salzburg.gv.at

AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG • LANDESAMTSDIREKTION

☑ POSTFACH 527, 5010 SALZBURG • TEL (0662) 8042-0\* • FAX (0662) 8042-2160 • MAIL post@salzburg.gv.at • DVR 0078182

nicht zu überzeugen –, sondern widerspricht auch fundamental dem Gedanken der Bürgernähe.

Diese Stellungnahme wird der Verbindungsstelle der Bundesländer, den anderen Ämtern der Landesregierungen, dem Präsidium des Nationalrates und dem Präsidium des Bundesrates und zur Verfügung gestellt.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Landesregierung
Dr. Heinrich Christian Marckhgott
Landesamtsdirektor
Amtssigniert. Hinweise zur Prüfung der Amtssignatur finden Sie unter www.salzburg.gv.at/amtssignatur

## Ergeht an:

- 1. Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Minoritenplatz 5, 1014 Wien, E-Mail
- 2. Amt der Burgenländischen Landesregierung, E-Mail: CC
- 3. Amt der Kärntner Landesregierung, E-Mail: CC
- 4. Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, E-Mail: CC
- 5. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, E-Mail: CC
- 6. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, E-Mail: CC
- 7. Amt der Tiroler Landesregierung, E-Mail: CC
- 8. Amt der Vorarlberger Landesregierung, E-Mail: CC
- 9. Amt der Wiener Landesregierung , Magistratsdirektion der Stadt Wien, Geschäftsbereich Recht Gruppe Verfassungsdienst und EU-Angelgenheiten, E-Mail: CC
- 10. Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1010 Wien, E-Mail: CC
- 11. Präsidium des Nationalrates, E-Mail: CC
- 12. Präsidium des Bundesrates, E-Mail: CC
- 13. Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, E-Mail: CC
- 14. Institut für Föderalismus, E-Mail: CC
- 15. Unabhängiger Verwaltungssenat, Michael Pacher Straße 27, 5020 Salzburg, E-Mail: CC